

Aufwärts

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindersache“ und „Unser Ziel.“

Nr. 305.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Mittwoch, den 31. Dezember 1930.

12. Jahrgang.

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.35 und 6.30 Beleggebühren, beim eigenen Postamt bestellt. — Preis Ausland unter Streifenband 1.35 (inkl. Postgeb.). Preis der Einzelnummer 10 Hg. Postgebühren Hannover 67 577.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Reklame 30 Hg. Beilagen unter 25 g je laufend 15 Hg. Schluss der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postgebühren Hannover 67 577.

Sei eingedenk, o Menschenkind,
Wie schnell des Daseins Frist verfliehet,
Und daß, wie in dem schönsten Morgen
Des Abends Anfang ruht verborgen,
Der Markstein steht der Todesnähe.
Dum folg der Mahnung, die dir rät:
„Benütz die Zeit, eh es zu spät.“

Theodor Motteler.

Hervés neueste Partei.

Hervés Vorstoß, eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland herbeizuführen, ist wie das Hornberger Schießen ausgefallen. Telegramme wurden hin und her geschickt. Ein Erfolg ist ausgeblieben. Nun hat Hervés eine politische Partei gegründet, die (man staune!) Sozialistische Nationale Partei heißt.

Die Zeitungs dieser Partei sind in der Zeitung „La Victoire“ (der Sieg) veröffentlicht worden. Es heißt darin:

„Die Sozialistische Nationale Partei ist eine sozialistische Partei gegen den Kommunismus (damit ist aber der Marxismus gemeint), der die schreckliche Katastrophe in Rußland hervorgerufen hat und der auch Frankreich zu den gleichen Greueln führen will. Der politische Kommunismus und von Blum (Führer der franz. Sozialdemokraten) und der revolutionäre Kommunismus von Cachin (Führer der franz. Kommunisten) erstreben die Verstaatlichung der Industrie, der Gruben, Banken, Verkehrsmittel, Gebäude, des Handels und Grund und Bodens. Der Staat ist aber der dümmste Unternehmer. Um das gesteckte Ziel zu erreichen, predigt der Kommunismus (des Marxismus) den Klassenkampf und die soziale Revolution. Er sagt: Die Proletarier kennen kein Vaterland; er singt: Unsere Augen sind für unsere Generale (!); er fügt hinzu: Die Religion ist das Opium der Völker.“

Indem er die persönliche Verantwortung, die individuelle Initiative, das private Eigentum, das Sparen tötet, Quellen des materiellen Fortschritts der Welt, indem er die Religion und das Vaterland, die moralischen Grundlagen unserer Kultur, zerstört, führt der Marxismus das in Frankreich herbei, was er schon in Rußland erzeugt hat: Elend, allgemeine Knechtschaft, moralischen Rückgang. Die Sozialistische Nationale Partei ist eine Partei des Friedens. Sie tritt für eine französisch-deutsche Verständigung auf der Grundlage des Versailler Vertrages (!) ein; sie ist Anhängerin der Schiedsgerichtsbarkeit zur Schlichtung von Streitfällen von Staat zu Staat; sie ist Anhängerin des Völkerbundes.

Durch die grausame Lehre des Weltkrieges gewitzigt, lehnen die Sozialisten-Nationalisten (S.N.) es ab, ein Vaterland, dessen Ergebnisse und disziplinierteste Söhne sie sind, zu nörgeln. Die S.N.-Partei stellt über alles und über alle das materielle und moralische Wohl des Vaterlandes. Sie glaubt, daß die Einigung unter den Franzosen, die Aufrechterhaltung der militärischen Kräfte und die Pflege der Soldateneigenschaften für noch lange Zeit Schutz und Wehr Frankreich sein werden gegen eine Invasion und eine Zerschlagung. Den französischen Arbeitern (warum nur ihnen allein!) ruft die Partei unverdrossen zu, daß Frankreich verloren ist, der Verfallung anheimfällt und als große Nation verschwinden wird, wenn die Geburtenkrise nicht überwunden wird. Die Geburtenkrise hat es vermocht, daß die französische Bevölkerung von 38 Millionen vom Jahre 1870 bis 1914 unverändert geblieben ist, während die deutsche Bevölkerung in der gleichen Zeitspanne und in fast gleichem Raum von 40 auf 67 Millionen gestiegen ist.

Die S.N.-Partei fordert die weitgrößte soziale Gerechtigkeit. Sie verkündet, daß soziale Gerechtigkeit nur dann besteht, wenn jeder nach seiner Leistung und seinem Können entlohnt wird. Sie verkündet, daß keine menschliche Gesellschaft ohne Leistung und Hierarchie bestehen kann.

Die Partei will durchaus nicht das wunderbare kapitalistische System, das seit etwas weniger als hundert Jahren für die Freiheit der Arbeit, der Konkurrenz eintritt, das die Zusammenlegung von Kapitalien zu Aktiengesellschaften ermöglicht, das die Lage der Werkschaffenden um 500 Prozent verbessert hat, zerschlagen. Im Gegenteil. Die Partei will dieses System beibehalten und den Schaffenden ein Dasein verschaffen wie beispielsweise das Leben der Arbeiter in U.S.A. (!).

Die S.N.-Partei fordert Schutz des französischen Handarbeiters gegen das Uebermaß der Einfuhr fremder Arbeitskräfte, Verallgemeinerung der sozialen Versicherung, obligatorische Zahlungen für Zuwendungen für Kinder,

Beteiligung der Arbeitnehmer an der Erzeugung und an den Geschäften (eine nebelhafte Forderung!), Zulassung fähiger Kinder zu höheren Bildungsanstalten, Einführung des Schiedsgerichtes zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Die Partei erstrebt dieses Werk der sozialen Gerechtigkeit und des französischen (!) Friedens durch die hergliche Mitarbeit der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Gewerkschaften.

Die kulturellen Forderungen, die Hervés dann stellt, sind spezifisch französisch und interessieren uns zumeist nicht.

Er fährt alsdann fort: „Um es zu verhindern, daß Frankreich in Anarchismus untergeht, verlangt die S.N.-Partei die Revision der Verfassung. Die gegenwärtige Republik soll in eine autoritative Republik umgewandelt werden, bei der das Oberhaupt über Klassen und Parteien steht. Dieses Oberhaupt soll mit fast souveräner Macht ausgerüstet werden. Der Präsident der Republik soll das Recht haben, allein Gesetze vorzulegen, mit Ministern zu regieren, die ausschließlich ihm verantwortlich sind und nicht dem Parlament angehören.“

Wenn man das Programm der neuen französischen Partei unterfuchen würde, so würde man zunächst feststellen, daß das nationalsozialistische Element vorwiegt. Nicht nur den Namen, sondern auch den Willen, den Marxismus zu bekämpfen, hat die neue Partei mit dem Nationalsozialismus gemeinsam. Auch die Stellung des Prinzipals der Verantwortung in den Brennpunkt des politischen Geschehens trägt nationalsozialistische Züge. Ein liberalistisches Gepräge weisen dagegen die wirtschaftlichen Forderungen auf. Hervés gerät jedenfalls auf Abwege, wenn er das gegenwärtige System munderbar nennt. Gerade dieses System hat abgewirtschaftet und muß durch ein neues ersetzt werden. Manche soziale Forderung ist übrigens in Deutschland seit Jahrzehnten verwirklicht worden.

Maßgebend für das Leben und Sterben einer Partei ist zunächst der Führer. Hervés ist leider kein Mann, zu dem man großes Vertrauen haben kann. Seine Wandlungen erfolgen zu schnell, der Glaube an seine Idee scheint nicht unerschütterlich zu sein. E. F. R.

4 Antworten auf 4 Fragen zu dem Artikel „Sieg der Vernunft“?

Damit dem Leser der Zusammenhang klar ersichtlich ist, sei einer jeden Antwort die betreffende Frage vorausgeschickt:

Frage 1: — Handelt es sich bei der Notverordnung eigentlich um die Erfüllung des Youngplanes oder nicht vielmehr um die schleimige Ordnung der Finanzen im eigenen Hause zur Abwendung eines Zusammenbruchs?

Antwort 1: — Sicherlich ist die Regierung Brüning seit dem ersten Tage ihres Bestehens ständig bemüht gewesen, wieder Ordnung in die zerrüttete Finanzwirtschaft zu bringen. Alle bisherigen Maßnahmen haben sich aber immer wieder als unzureichend erwiesen. Bereits dreimal innerhalb der letzten neun Monate hat das Kabinett Brüning mitgeteilt, daß nunmehr die Finanzlage als geordnet zu betrachten sei. Schon nach wenigen Wochen und Monaten hat es sich immer wieder gezeigt, daß von einer geordneten Finanzwirtschaft nicht die Rede sein konnte. Immer wieder reifen neue Löcher auf, die jetzt auf dem einfachen Wege der Notverordnung gestopft werden sollen. Die Bemühungen der Regierung müssen vergeblich sein, solange die Regierung nicht die Ursachen, die immer wieder Verwirrung und Unordnung in die Finanzwirtschaft hineintragen, grundlegend beseitigt. Die erheblichste Ursache hierzu ist aber das unfähige Produkt einer rückhaltlosen Erfüllungspolitik: „Der Youngplan.“ — Die Erfüllungspolitik der letzten Jahre trägt die Schuld daran, daß die deutsche Wirtschaft mit der ungeheuren Summe von 21 Milliarden an das Ausland verschuldet ist. Es ist dem deutschen Volk und der deutschen Wirtschaft einfach unmöglich, neben der Verzinsung und Amortisierung dieser ungeheuren Summe auch noch die Reparationen aufzubringen. Jeder Finanz- und Wirtschaftsfachverständige, ja die hervorragendsten Erfüllungspolitikern selbst sind heute davon überzeugt, daß der Youngplan unerfüllbar und untragbar ist. Solange nun die Regierung bemüht bleibt, diesen unerfüllbaren Youngplan zu erfüllen, solange ist es einfach unmöglich, die Finanzen im eigenen Hause in Ordnung zu bringen. Deshalb gehören Erfüllungspolitik, Youngplan und Notverordnungen eng zusammen. Deshalb handelt es sich bei der Notverordnung nicht nur

um die Ordnung der Finanzen, sondern in ganz besonderem Maße um die Erfüllung des Youngplans, um die praktische Durchführung der Erfüllungspolitik.

Frage 2: — Ist es vor Gott erlaubt, eine Katastrophe, von der man meint, sie werde bestimmt kommen, schon jetzt herbeizuführen, oder ist es nicht Pflicht, jedes erlaubte Mittel anzuwenden, um sie zu verhüten und sie möglichst weit hinauszuschieben? Vielleicht kommt es dann doch noch ganz anders, als wie manche Politiker, die sich in der Rolle des Propheten gefallen, behaupten

Antwort 2: — Aus der Fragestellung geht hervor, daß die Ausführungen des Verfassers nicht verstanden worden sind. — Im gewissen Sinne stehen wir schon mitten in einer schweren Wirtschaftskatastrophe. Es handelt sich nun darum, zu verhüten, daß diese Katastrophe sich zu einem allgemeinen Zusammenbruch ausweicht. Die Regierung glaubt diesen Zusammenbruch durch Hinausschieben vermeiden zu können. Die Opposition aber ist davon überzeugt, daß das Hinausschieben zur Folge haben wird, daß der Zusammenbruch desto fürchterlicher sich auswirken wird und daß es dann sehr fraglich sein muß, ob das deutsche Volk jemals noch die Folgen eines solchen Zusammenbruchs überwinden wird. Vor diesem fürchterlichen Zusammenbruch möchte die Opposition das deutsche Volk nach Möglichkeit bewahren. Der Zusammenbruch wird aber nicht dadurch herbeigeführt, daß die Parteien die Regierung stürzen und der Erfüllungspolitik endlich mal ein entschlossenes Ende bereiten. Wohl konnte die Nichtbestätigung der Notverordnungen für die Regierung eine Katastrophe bedeuten und mancherlei Unruhe im innerpolitischen Leben auslösen, aber das hat mit dem wirtschaftlichen Zusammenbruch, dem wir durch die Regierungspolitik entgegenstreben, nichts zu tun. Es gehört auch keine selbstgefällige Prophetengabe dazu, um das Unheil vorzusehen. Dazu liegen die Dinge zu handgreiflich vor den Augen aller derer, die mit aller Mäßigkeit die furchtbare Lage, in der sich das deutsche Volk befindet, betrachten. Hervorragende Wirtschaftler und Finanzleute des In- und Auslandes sind sich durchaus darüber einig, daß der Zusammenbruch kommen muß, wenn nicht schleunigst eine gründliche Reform des Versailler Vertrages und des Youngplans eingeleitet wird.

Der bekannte englische Wirtschaftler Keynes hat in diesen Tagen seiner Meinung dahin Ausdruck gegeben, daß der Wirtschaftszusammenbruch — und zwar in einem ungeheuren Ausmaß — schon durch nichts mehr aufzuhalten ist. Es sei schon zu spät. Man kann nur hoffen, daß dieser Mann mit seinen Ankündigungen nicht recht behält. — Es ist deshalb erstaunlich, daß es noch immer eine Anzahl Deutsche gibt, die von der Not der Zeit so wenig berührt sind, daß sie gutgläubig immer noch von der römisch-marginalistischen Regierungskunst etwas Gutes erhoffen.

Frage 3: — Ist es möglich, eine Regierung zu stürzen, solange man noch nicht weiß, was an ihre Stelle treten wird?

Antwort 3: — Die nationale Opposition ist voll und ganz bereit, die verantwortliche Führung der Regierungsgeschäfte zu übernehmen. Eine Regierungskrise kann nur zu einer Orientierung nach rechts führen und deshalb braucht man nicht ängstlich zu sein, daß sich für die jetzige Regierung kein Nachfolger findet. Die Auswirkungen der Regierungskrise des schwarz-roten Blockes spürt allmählich jeder Deutsche am eigenen Leibe. Schlimmeres kann eine nationale Regierung dem deutschen Volk schon nicht mehr bringen.

Frage 4: — Ist es vor Gott recht, ist es sein und brüderlich, von Männern, die im Aufblick zum Herrn ihre schwere politische Arbeit tun, zu sagen, sie könnten nicht verlangen, ernst genommen zu werden, und sie stellen gewisse Anträge zu Beruhigungs- und Vertuschungszwecken?

Antwort 4: — Die Vertreter des Christlichen Volksdienstes können nicht allein den Anspruch darauf machen, daß nur sie allein sich in ihren politischen Handlungen Gott verantwortlich wissen. Der Fragesteller wird auch zugeben müssen, daß man bei gewissenhafter Prüfung in politischen und wirtschaftlichen Fragen sehr abweichender Meinung sein kann und keineswegs kann der Christliche Volksdienst verlangen, daß man die Politik seiner Abgeordneten als unfehlbar anerkennt, weil eben diese Politik im Aufsehen zum Herrn gemacht wird. Die Kritik, die an der Haltung des Christlichen Volksdienstes ausgeübt wird, ist durchaus wohlmeinend und es sei ausdrücklich betont, daß man von dem guten und ehrlichen Willen gerade der Abgeordneten des Christlichen Volksdienstes ganz besonders überzeugt ist. Ob

aber dieses ehrliche Wollen immer ausreicht, gerade einer jesuitischen Diplomatie der gerissenen Zentrumsrepublikler die Waage zu halten, muß nach all den Vorgängen sehr bezweifelt werden. Werden nicht die ehrlichen Bemühungen und Bestrebungen der Abgeordneten des Christlichen Volksdienstes zu leicht von Leuten mißbraucht werden können, die das Motto auf ihrer Fahne tragen: „Der Zweck heiligt die Mittel“? — Der Verfasser hat gerade bei den betreffenden Ausführungen von allen den Parteien gesprochen, die nicht voll und ganz hinter der Regierung stehen und auch nicht voll und ganz zu den Gegnern der Regierung gerechnet werden können. Man muß tatsächlich den Eindruck haben, daß auch der Christliche Volksdienst sich dessen bewußt gewesen ist, daß man in den Kreisen der Wähler durch die Zustimmung zur Notverordnung leicht den Eindruck haben könnte, daß man nicht mehr Gegner der Erfüllungspolitik sei. Aus diesem Grunde scheint man den Antrag auf Revision des Youngplanes gestellt zu haben, der damit verbunden soll, daß der Christliche Volksdienst nach wie vor Gegner der Erfüllungspolitik ist. Der Verfasser hat deshalb zeigen wollen, daß die Zustimmung zu den Notverordnungen unbedingt eine Stützung der Erfüllungspolitik bedeutet und daß man deshalb die Parteien nicht in ihrer Gegnerschaft zur Erfüllungspolitik ernst nehmen könne, die der Notverordnung Geltung verschafft haben. Daß die Regierung den Antrag selbst nicht ernst nehmen wird, ist doch einfach selbstverständlich. Man wird den Antragstellern einige nette verbindliche Worte sagen und sonst bleibt alles beim alten und die Regierung tut nach wie vor, was sie will. Gerade auch der rechte Flügel des Volksdienstes fordert deshalb von dem Christlichen Volksdienst eine klare nationale Haltung. Oder soll man die Fehlschlüsse darauf zurückführen, daß in der Fraktion des Christlichen Volksdienstes durchweg Vertreter der geistigen Berufe zu finden sind und daß es an Wirtschaftskennern und gewiegten Finanzfachverständigen fehlt, die täglich den fieberhaften Pulsschlag des deutschen Wirtschaftslebens fühlen? Man kann beim besten Willen nicht verlangen, daß Seelforger, Lehrer usw. auf wirtschaftlichem Gebiet die Zusammenhänge der Volks- und Weltwirtschaft immer richtig beurteilen. Dazu reicht oft selbst die beste Theorie eines Professors der Volkswirtschaft (Beispiel Dr. Moldenhauer) nicht aus. Männer der Praxis braucht unser Volk nötiger denn je in der verantwortlichen Leitung.

Zur Inlandmark.

Den eminent wichtigen Inhalt des Artikels „Die Währung als Hauptursache unserer Not“ habe ich sehr häufig in den letzten Monaten erwartet. Nun ist er in Nr. 295 des „Aufwärts“ erschienen. Vielen Dank. — Das Inlandgeld, das schon früher einmal im „Aufwärts“ beleuchtet wurde, ist bei unseren beschämend traurigen Wirtschaftsverhältnissen zunächst das einzige Mittel, um möglichst schnell aus der Katastrophenlage herauszukommen. Rohstoffe sind da, Ware ist da, Ware kann produziert werden, Menschen mit großer Notwendigkeit. Bedürfnissen sind da, Arbeitslose, Arbeitsungriffe in ungeheurer Anzahl. Nur kein Geld, um den Kreislauf der Wirtschaft in Schwung zu bringen und die furchtbaren Folgen einer ruinierten Wirtschaft wirksam zu beheben. Nun frag ich mich und andere über Jahr und Tag schon: Muß denn immer Gold als Deckung von Zahlungsmitteln vorhanden sein? Wie wäre es denn, wenn es überhaupt kein Gold gäbe? Ist denn nicht ein Volk mit seiner gesamten Leistungskraft und seinem Besitz überhaupt die einzige wertvolle Deckung für notwendig auszugebendes Papiergeld? Der Verfasser von oben angeführtem Artikel beweist uns klipp und klar, wie wir uns von der Goldwährung für den Inlandmarkt freimachen können und wie der Geldverkehr vor sich gehen muß.

Ich erlaube mir noch, einige Gedanken beizufügen, vielleicht läßt sich dann, wenn alles praktisch und wertvoll durchdacht wird, ein Flugblatt zusammenstellen, das wir zur Aufrüttelung der Menschen notwendig brauchen. Durch Staatsgesetz wird die Inlandmark zur Festmark. Sie ist im Werte der Goldmark gleich und gleich $\frac{1}{100}$ Dollar. Es werden wenigstens 14 bis 15 Milliarden Inlandmark in praktischen Scheinen und Münzen herausgegeben und in Umlauf gesetzt. Und zwar in der Weise: Die Reichsbank oder die Inlandbank gibt langfristige Gelder zu 2 Prozent an Unternehmer und Schaffer lebenswichtiger Betriebe und Angelegenheiten, natürlich auch an den Staat, an Kommunen und Gemeinden. Kriegsanleihe, Guthaben, die durch Inflation geschädigt wurden, werden nunmehr bis 75 Prozent aufgewertet, wenn der Betrag 5000 Mk. — die voll aufgewertet werden — übersteigt. Das frühere silberne Reichsgeld ist zum vollen Wert anzunehmen und für die Reichsbanknoten vor 1917, deren Kapitalbesitz reell nachgewiesen werden kann, wird der volle Wert ersetzt bei einem Betrage von 5000 Mk., die nächsten 10 bis 20 000 Mk. mit 75 Prozent, was darüber reeller Eigentumsbesitz ist, mit 50 Prozent. Der Betrag am Besitz des Volkes muß unbedingt wieder gut gemacht werden. Nun frage ich mich weiter, warum der genial einfache Gedanke der Inlandwährung nicht von den Regierungsmännern bei dieser Not des Volkes sofort in die Tat umgesetzt wird. Sind daran die großen Banken schuld oder der Feind? Nein. Es liegt nur daran, daß wir uns nicht allesamt rühren und einsetzen. Freilich, hätten wir einen heldenhaften Finanzmann, der den Mut hat, den neuen Weg, der ja schon angefangen ist, zu gehen, dann kämen wir schneller vorwärts.

Georg Klem.

Geschäftsbrief aus Südamerika!

An Bord des D. „Giulio Cesare“, d. 26. 11. 1930

In Ergänzung meiner bisherigen Informationen möchte ich Ihnen noch direkt über meine Beobachtungen während meiner diesjährigen Reise berichten:

Allgemeine Lage: Die Geschäftslage war infolge Revolutionen und mißglückter Revolutionsversuche in den meisten südamerikanischen Ländern geradezu katastrophal und in den anderen sehr schlecht. Die Importeure hatten überhaupt keinen Mut, etwas zu kaufen, so daß meine Verhandlungen erst später und auch nur teilweise mit vorläufig kleinen Probeaufträgen abgeschlossen werden konnten.

Saß in allen südamerikanischen Ländern, z. B. Peru, Chile, Argentinien, Uruguay und Brasilien, ist bereits eine einheimische Industrie entstanden, die zum Teil allerdings sehr primitive, zum Teil allerdings auch schon recht hübsche Ware liefert. Diese einheimische Industrie wird durch geradezu unvernünftige Zölle geschützt. Trotzdem arbeiten seit langer Zeit schon eingeführte Fabriken in einzelnen schwierigen Artikeln immer noch in Uruguay, denn die einheimische Industrie bringt noch nicht alle Modelle zustande. Das Feld ist aber doch für die Auslandsindustrie schon bedeutend eingeengt.

Leider wurde meine Verkaufstätigkeit nicht nur durch die schlechten politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Südamerika, sondern auch durch die in der Presse mit viel mehr Geräusch als mit Ueberlegung und Erfolg angezeigte Preisenkungsaktion behindert. Ich war z. B. in Santiago de Chile, als jenes verhängnisvolle Telegramm in den Zeitungen veröffentlicht wurde, und während 8 Tagen konnte ich nicht einen einzigen Auftrag erzielen, weil alle Importeure um 20 Prozent billigere Preise verlangten. Wenn eine solche Aktion schon beabsichtigt

und vor allem auch durchführbar ist, was ich in der telegraphisch nach Südamerika gemeldeten Form mit gutem Grund bezweifle, dann soll diese Aktion wenigstens ganz geräuschlos und unauffällig geschehen, um die Importeure und Konsumenten nicht unnötig zur Hinausschiebung ihrer Einkäufe zu veranlassen.

Lage auf Cuba: Die Lage auf Cuba ist sehr schlecht, doch werden noch Geschäfte gemacht, wenn auch dabei allergrößte Vorsicht nötig ist. Allerdings sind die Importeure sehr zurückhaltend und sie müssen schon besonderes Interesse an einem Artikel oder an einem billigen Preise haben, wenn sie anbeihen sollen.

Hier hängt ja fast alles von der Möglichkeit des Zuckerverkaufes ab. Cuba hat leider keine Produktion in den letzten 25 Jahren von etwas über 1 Million Tonnen auf über 5½ Millionen Tonnen im Jahre 1929 gesteigert, und es kostet große Mühe, diesen übergroßen Vorrat zu verkaufen, genau wie in Pernambuco, Peru usw.

Der Preis ist jetzt glücklich auf 1,65 Dollarcent per englische Pfund, frei New York, einschließlich Säden, gesunken. Das sind etwa 15 Pfennig per Kilo. Mit dem Tabak steht es leider nicht viel besser.

Ich glaube aber, daß die Produzenten selbst auch eine gewisse Mitschuld haben, denn sie haben keine Initiative, neue Märkte zu erschließen. So wie wir auch Absatz für europäische Produkte schaffen müssen, sollten sich auch die Zuckerproduzenten und die großen Tabakpflanzer zusammen tun, um neue Rändele für ihre Produkte zu suchen, die sicher auch zu finden wären. In Cuba und in den südamerikanischen Ländern wird leider alles Heil von der Regierung erwartet, die solche Fragen lösen sollte, aber die Schmerzen der Industrie noch weniger heilen kann als in Europa. Es werden viele Projekte diskutiert, aber wenige verwirklicht.

Qualitativ werden im allgemeinen, so viel ich bis jetzt feststellen konnte, ganz gute Waren gekauft, denn die Bevölkerung, soweit sie noch kaufkräftig geblieben ist, hat einen sehr hohen Lebensstandard. Die Arbeiterbevölkerung ist dagegen kaum nennenswerter. Wöchentlich unserer Artikel, was ja bei Tageslöhnen von etwa 48 Dollarcenten auch kaum möglich ist. Ob diese Tageslöhne allgemein gültig sind, kann ich nicht bestimmen sagen. Sie wurden mir von einer mit den Verhältnissen durchaus vertrauten Persönlichkeit als Durchschnitt in der Zuckerindustrie angegeben, und ich las selbst, daß in der Textilindustrie Tageslöhne von 40—48 Dollarcenten üblich sein sollen.

Die Zahlungen der Landkundschaft sollen außerordentlich langsam herinkommen, und dazu kommt noch, daß die größten Zuckerfabriken in nordamerikanischen Händen liegen und alle Bedarfsartikel und Maschinen usw. selbst importieren und auch Bedürfnisse ihrer Arbeiter nicht mehr durch den alleingelassenen Importhandel und die von diesen kaufenden Detaillisten decken lassen, sondern auch die Arbeiterausrichtungen usw. im weitesten Sinne selbst importieren, um auch daran etwas zu verdienen. Die Importeure bleiben auf ihren Lagerbeständen sitzen. Dazu kommt eine unglaubliche Ueberkommerzialisierung, und wenn die Anzahl der Importeure, Detaillisten, Vertreter usw. auf den dritten Teil reduziert würde, wären immer noch mehr als genug hier. In den Hauptstädten der Stadt Habana sind sehr viele große und kleine Ladengeschäfte zu vermieten, und wenn es früher an Samstagsnachtsmitten in diesen Geschäften von Käufern wimmelte, sieht man heute die meisten Verkäufer gähmend vor Langeweile in die Luft starren.

Durch die Entwicklung haben sich auch die Zahlungsmitteln stark verschlechtert, und wir müssen bei der Ausführung von Aufträgen äußerst vorsichtig sein und vor

Eine gefährliche Seereise.

Pulu Tello, 1909.

Nicht immer können wir in Not und Gefahren die göttliche Bewahrung so klar und deutlich erkennen, wie in der gefährlichen Seereise, wovon die nachfolgenden Zeilen berichten sollen. Drei Inländer waren es, ein Christ, ein Mohammedaner und ein Heide, welche diese Reise gemacht haben. Der Mohammedaner, Radjogo ist sein Name, übernahm als alter Polizist und erfahrener Seemann die Führung. Der Christ Wuata ist unser Hausjunge und Gumbai, der Heide, wohnt in unserem Nachbardorfe Hilotalua. Laßt mich nun der Reihe nach erzählen, warum und wohin die Reise gemacht wurde und wie sie abgelaufen ist.

Im Anfang des Jahres 1904 brachte der Oberhäuptling von Simuk seinen Sohn nach hier, der bei uns wohnen und unsere Missionsschule besuchen sollte. Wir haben den Jungen gern aufgenommen und hofften, daß wir dadurch auch mit den andern Bewohnern von der Insel Simuk in nähere Berührung kommen würden. Eine Zeitlang ging alles gut. Omböila, so hieß der Junge, fühlte sich bald heimisch bei uns und machte durch sein stilles freundliches Wesen einen angenehmen Eindruck. Nach vier Monaten wurde er krank. Wir gaben ihm Medizin und pflegten ihn, so gut wir konnten; aber es half alles nicht. Je länger wir medizinierten, um so schlimmer wurde es. Schließlich begannen seine Füße anzuschwellen, ein Zeichen, daß Omböila Beriberi hatte. Beriberi ist die in Holländisch-Indien so gefürchtete Krankheit, welcher im Afrikanische so viele europäische Soldaten zum Opfer gefallen sind. Wir hätten nun gern Omböilas Eltern zu uns kommen lassen. Aber wie sollten wir Nachricht hinerbringen? Die Post wird nicht nach Simuk besorgt. Der Verkehr wird durch Chinesen unterhalten, die von Zeit zu Zeit mit ihren Handelschiffen dorthinfahren, Reis hin- und Kopra zurückbringen. Aber selbst dann, wenn solch ein Fahrzeug zur Abfahrt bereit liegt, weiß man noch nicht, wann es abfahren kann, weil es ja ganz und gar

von Wind und Wetter abhängig ist. Das holländische Gouvernementsschiff fährt nur einmal im Jahr nach Simuk, um Streitigkeiten zu schlichten und Steuern einzutreiben.

Da kam eines Abends Radjogo zu uns, der schon wiederholt auf Simuk gewesen war und auch Omböilas Eltern kannte. Als der hörte, daß wir gern Nachricht hinbringen wollten, war er gleich bereit, die zu überbringen. Unser kleiner Kahn, den wir unser Torpedoboot nannten und womit ich schon manche Fahrten nach Inseln gemacht hatte, schien für diese Reise gerade passend zu sein. Da Wuata und Gumbai Lust hatten mitzugehen, so war die nötige Mannschaft zusammen und wurde beschlossen, in der folgenden Nacht um 12 Uhr aufzusteigen, Reis zu kochen und in der Nacht abzufahren. Nach unserer Berechnung konnten sie am andern Tage gegen 5 Uhr nachmittags auf Simuk sein. Und sie würden da auch um die Zeit angekommen sein, wenn sie ihren Plan ausgeführt hätten. Doch der Geist ist wohl willig, aber das Fleisch ist schwach; das zeigte sich auch hier. Statt um Mitternacht aufzustehen und Reis zu kochen, hatten unsere Leute erst ordentlich geschlafen. Ich traf sie am andern Morgen noch am Strande, als sie gerade abfahren wollten. Da sie nun aber nicht den ganzen Tag rudern konnten ohne etwas gegessen zu haben, so wurde auf einer kleinen Insel Station gemacht. Durch diesen Aufenthalt hatten die Leute sich in die größte Gefahr gebracht. Statt gegen 5 Uhr nachmittags kamen sie nun erst abends vor Simuk an. Wohl waren sie mit Sonnenuntergang schon in der Nähe der Insel gewesen, aber schneller noch als sie rudern konnten, war die Sonne untergegangen. O, was würden unsere drei Leute in jener Abendstunde darum gegeben haben, wenn sie da von der Zeit, die sie verschlafen hatten, eine Stunde hätten zurückholen können. Aber wir wissen es ja, daß man verlorene Zeit nicht wieder einholen kann. Die Nacht wurde immer dunkler und die Wellen der Brandung rauchten je länger desto unheimlicher. Trotzdem hofften sie noch ans Land zu kommen, weil sie glaubten, vor der richtigen Einfahrtstraße zu sein, und so ruderten

sie denn mit aller Macht voran; aber ihre Anstrengung war vergeblich. Anstatt ans Land zu kommen, wurde der Kahn auf die Korallenriffe geworfen und umgeschlagen, wobei alles, was sie mitgenommen hatten, verloren ging; auch das Steuer und die Ruderpäne. Da die Inländer alle gut schwimmen können, so konnten sich auch unsere Schiffbrüchigen über Wasser halten und den Kahn wieder in die richtige Stellung bringen. Aber mit welchen Gefühlen mögen sie darin Platz genommen haben, da sie nun weder steuern noch rudern konnten? Sie hatten bündig stücklich nur das nackte Leben gerettet; vorläufig gerettet, denn wie es weiter gehen würde, das wußte keiner von ihnen. Sie waren ein Spielball der Wellen und konnten zu ihrer Rettung auch nicht das Geringste beitragen. Aber einer machte über ihnen, er, dem Wind und Meer gehorchen und der nach seiner Gnade die Torheit der Menschen oft schonend überfieht. Und darum sehe ich in dieser Rettung so deutlich Gottes bewahrende Vaterhand, die es uns und besonders den drei Schiffbrüchigen lebendig vor die Seele stellt, daß sie nur durch seine Gnade gerettet sind. Selber tun konnten sie nichts; sie konnten nur still in ihrem Kahn sitzen und zusehen, wie sie immer weiter von den Watunfeln abgetrieben wurden. Es war ein Glück für sie, daß sie nicht in den offenen Ozean hinausgetrieben wurden, denn dann wären sie rettungslos verloren gewesen. Davor hat Gott sie bewahrt. Durch Wind und Meerestromung begünstigt sind sie nach siebentägiger Schauhelfahrt auf den Mantawel-Inseln zurechtgekommen. Aber welche Fahrt mag das gewesen sein. Man stelle sich das einmal vor. Sieben Tage und Nächte auf den Wellen auf und nieder geschaukelt zu werden, ohne Speise und Trank, ohne trockene Kleidung und ohne zu wissen, wohin sie kommen würden, jeden Augenblick den Tod vor Augen. Da mögen doch wohl recht wehmütige Gedanken in ihren Herzen aufgestiegen sein, wenn sie an die Stunden zurückdachten, die sie verschlafen und auf der kleinen Insel zugebracht hatten.

Aber wie alles auf der Welt, so nahm auch diese Seereise ein Ende, und da war es ein Glück, daß unsere

dem Ver-
graphisch
Ich bin
lang von
sei es,
werden k
lichen Ro
der Preis

Stutige
lechte.

Wä
Tisch
indisch
zu blun
bar die
standsbe
zu sein.

Der
national
hastet, a
ten, eine

In Szen
haltung
forderun
folge le
wendung
und tri
aus dem
zurückge
kommen
zu Ende
größerer
sen das
gelebte
stößen g

Es
Polizei
zusamm
verleht.

hänser d
dem no
litten h
der beid
insgesam
150 fess
Id
erlitten

Heber

Die
die anst
tiven h
gegen h
tragen
zu eine
ausgew

W
Behörde
Haupta
leinen i
erke S
r u n g
zu dere
gehört.
teiser,
sonen,
Auserd
schad u
Zusam
ferner

abgeha

Leute n
ankamen
men un
wurde
zertrüm
wohl un
sie sich
der Fur
und da
erfahren
fanden
einigen
Hunger
noch W
jezt nie
einer V
sich so
aufgeha
Sicht, d
unsere
haben f
an der
Herr M
nach P
und wa
geweser
und Da
für sein
brauche

Omi
gestorb
worden
war al
Wenn
gescheh
wir au
Reise d
mit da
Christi

dem Versand der Waren die Auskünfte nochmals telegraphisch nachprüfen lassen.
Ich bin aber überzeugt, daß Cuba sich über kurz oder lang von diesem geschäftlichen Marasmus erholen wird, sei es, daß der Zuckerverbrauch wesentlich gesteigert werden kann, sei es, daß die Produktion dem tatsächlichen Konsum angepaßt und daß dann auch ein lohnender Preis erzielt wird, was m. E. durchaus möglich wäre.

Es gärt im Orient.

Blutige Unruhen in Bombay. — Mehr als 200 Verletzte. — Kampf um die indische Nationalflagge.

Während sich die Indientonferenz am Runden Tisch in London vergeblich um die Schaffung einer indischen Verfassung bemüht, ist es in Indien selbst zu blutigen Unruhen gekommen, deren Urheber offenbar die Gandhi-Anhänger sind. Mittelpunkt der Unruhenbewegung scheint die Hafenstadt am Bombay zu sein.

Der Präsident und vier Mitglieder der verbotenen nationalistischen Organisation „Kriegsrat“ wurden verhaftet, als sie trotz des polizeilichen Verbots versuchten, eine feierliche

Begrüßung der indischen Nationalflagge in Szene zu setzen. Es hatte sich zu dieser Veranstaltung eine große Menge versammelt, die der Aufforderung der Polizei, auseinanderzugehen, keine Folge leistete. Die Polizei ging schließlich unter Anwendung ihrer Wambuschke gegen die Menge vor und trieb sie auseinander. Nachdem sich die Polizei aus dem Bezirk, in dem sich dieser Vorgang abspielte, zurückgezogen hatte, fand sich die Menge wieder zusammen und führte die Zeremonie des Flaggenfahls zu Ende. Später kam es vor dem Polizeigericht zu größeren Versammlungen. Die Demonstranten bewarfen das Polizeigericht mit Steinen, so daß eine Polizeieinheit genötigt war, wiederum mit Wambuschke gegen die Menge vorzugehen.

Es kam zu heftigen Zusammenstößen, ehe es den Polizeibeamten gelang, den Platz zu räumen. Bei dem Zusammenstoß am Vormittag wurden 75 Personen verletzt. Wie die Verwaltung der beiden Krankenhäuser des indischen Kongresses mitteilt, wurden außerdem noch 50 Personen, die leichtere Verletzungen erlitten hatten, an Ort und Stelle verbunden. Während der beiden Kravalle sind in den beiden Krankenhäusern insgesamt 200 Personen verbunden worden, von denen 150 festgenommen wurden.

Nicht Polizeibeamte, darunter zwei Wachtmeister, erlitten leichtere Verletzungen.

Die Verschwörung in Smyrna.

Neben 1000 Verhaftungen. — Ein ganzes Bataillon interniert.

Die Unruhen in der türkischen Provinz Smyrna, die anfänglich den Charakter einer aus religiösen Motiven hervorgerufenen Auflehnung der Moschimedaner gegen die Neuerungen der türkischen Regierung zu tragen schienen, haben sich nach den letzten Meldungen zu einer ersten revolutionären Bewegung ausgewachsen.

Die Reuter und Konstantinopel erzählt, sind die Befürworter der Bewegung, deren Hauptantriebe sich auf die in Menemen befindliche, ersten Stadium in der Entwicklung einer Verschwörung ist, die sich bis nach Stambul verzweigt, und zu deren Zielen und Sturz des kemalistischen Regimes gehört. Bisher sind in Menemen, Magnesia, Balıkesir, Soma, Smyrna, und Stambul 1000 Personen, darunter mehrere Frauen, verhaftet worden. Außerdem sind zahlreiche Scheichs, Dervische, Hochschüler und sogar ein ganzes Bataillon Infanterie, deren Loyalität zweifelhaft erschien, interniert worden.

Im Dolma-Bagdsche-Palast wurde eine Beratung abgehalten, an der Präsident Mustafa Kemal,

Leute nicht bei Nacht, sondern am Tage vor Mentawei ankamen. Wohl war es nicht leicht, ans Land zu kommen und da sie weder Steuern noch rudern konnten, so wurde der Kahn in der Brandung dann auch vollständig zertrümmert. Sie selber aber waren gerettet. So recht wohl und sicher fühlten sie sich aber doch noch nicht, weil sie sich vor den Bewohnern der Insel fürchteten. Trotz der Furcht merkten sie nun aber, daß sie hungrig waren, und da durften sie aufs neue die Freundlichkeit Gottes erfahren; denn als sie soeben den Strand betreten hatten, fanden sie, wie weiland Robinson, eine Schildkröte mit einigen Dutzend Eiern im Sande liegen, womit sie ihren Hunger erst mal stillen konnten. Dann fanden sie auch noch Baumfrüchte. Hungern und Dursten brauchten sie jetzt nicht mehr, aber sie fürchteten sich immer noch vor einer Begegnung mit den Mentaweilern. Nachdem sie sich so zwischen Furcht und Hoffen vier Tage am Strande aufgehalten hatten, kam ein chinesisches Handelschiff in Sicht, das gerade nach Padang zurückfahren wollte und unsere drei Batunesen bereitwillig mitnahm. In Padang haben sie sich auf dem Polizei-Büro gemeldet und da man an der Wahrheit ihrer Berichte nicht zweifelte, hat der Herr Assistent-Resident ihnen freie Passage mit dem Schiff nach Pulu Tello besorgt, wo sie am 4. Juli 1904 gesund und wohl ankamen. Sie waren im ganzen 20 Tage fort gewesen. Daß unsere Herzen bei ihrer Rückkehr voll Lob und Dank waren, und daß wir unserm Gott und Heiland für seine gnädige Bewahrung von Herzen gedankt haben, brauche ich wohl nicht zu sagen.

Omböla, der kranke Häuptlingssohn, war unterdessen gestorben und seine Leiche auch schon nach Simuk geholt worden, als unsere drei Leute zurückkamen. Die Fahrt war also, menschlich gesprochen, rein vergeblich gewesen. Wenn wir aber glauben, daß ohne Gottes Willen nichts geschehen kann, weder Kleines noch Großes, dann dürfen wir auch versichert sein, daß diese scheinbar vergebliche Reise doch nicht vergeblich gewesen ist. Vielleicht hat sie mit dazu beigetragen, daß Gumbai, der Heide, später Christ geworden ist.

der Premierminister, der Generalstabschef, der Innenminister und mehrere hervorragende Abgeordnete teilnahmen.

Gegen die Pariser Heze.

Oberschlesien fordert deutsche Gegenmaßnahmen.

Die obererschlesischen Zeitungen befaßen sich ausführlich mit dem Interview, das der polnische Außenminister Jaleski einem Mitarbeiter des Pariser „Matin“ gewährt hat und in dem er sich in einer gegen Deutschland gerichteten aggressiven Form über die Zwischenfälle bei den ostoberschlesischen Wahlen äußerte.

Die „Ostdeutsche Morgenpost“ bemerkt zu der von polnischer Seite in Szene gesetzten Pressepropaganda in Paris, es wäre ein aussichtsloses Beginnen, der Wahrheit in Paris zum Siege zu verhelfen.

Von deutscher Seite müßte aber trotzdem den Lügen energisch entgegengetreten werden. Die deutsche Regierung habe Möglichkeiten genug, Frankreich gegenüber offen seine politischen Interessen zu vertreten. Sie sollte kein Ministerinterview der Gegenseite ohne Antwort lassen und jeder Lüge mit Entschiedenheit die Wahrheit entgegensetzen. Sie sollte sich auch die nationale Bewegung, die jetzt durch Deutschland geht, zunutze machen.

Die obererschlesische Zentrumspreffe erklärt u. a., es sei eine Herausforderung, wenn der polnische Außenminister sage, Deutschland solle die Minderheitenfrage auf. Gerade das Gegenteil sei der Fall. Auf die brutale Aneignung und Mißhandlung der deutschen Minderheit und die systematischen Verletzungen eingegangener Verträge durch Polen sei es zurückzuführen, wenn die Völkerratsversammlung im Januar sich mit der Frage des Minderheitenschutzes für die Deutschen im abgetrennten Gebiet befassen müsse.

Dr. Curtius müsse vor dem Forum der Weltöffentlichkeit in Genf all die sachlichen Unterlagen gegen Polen in das grelle Licht rücken.

Wenn jetzt in ausländischen Zeitungen manches über die Revision der Ostgrenze stehe, wenn gesagt werde, Deutschland betreibe den Minderheitenschutz nur als Mittel zum Zweck der Grenzrevision, so wisse jeder, daß hier

nur die polnische Propaganda

dahinter stehe. Sie wolle damit die öffentliche Meinung beunruhigen, als ob eine Behandlung des verletzten Minderheitenschutzes die allergrößten Konsequenzen für den Frieden haben müsse. Man müsse demgegenüber klipp und klar erklären, daß es sich nur um die Frage handle, wie Polen das Recht verletzt habe und wie diesen Mißbräuchen gegen die deutsche Minderheit wirksam ein Ende bereitet werden könne.

Ein weißer Rabe.

Wanderer für die Freiheit und die Gerechtigkeit.

Der belgische Sozialistenführer und frühere Außenminister Vandervelde wendet sich in einer scharfen Erklärung gegen die neuen belgischen Heereskredite. Die belgischen Sozialisten seien entschlossen, auf nationalem wie auf internationalem Gebiet ihre Aktion zugunsten einer allgemeinen, gleichzeitigen und unter Kontrolle sich vollziehenden Abrüstung fortzusetzen.

Man würde aus dem Versailler Vertrag einen Fehlschlag machen, wenn man die moralischen und rechtlichen Verpflichtungen des Vertrages nicht erfüllte, der dem besiegten Deutschland die Entwaffnung aufzwingt zu dem Zweck, die Abrüstung der anderen vorzubereiten.

Die gegenwärtige belgische Regierung — so erklärte Vandervelde weiter — rüste nicht ab, sondern tue das Gegenteil. Belgien sei vielleicht das einzige Land, dessen Heeresbudget jetzt höher sei als im Jahre 1914. Die belgischen Sozialisten wollten nicht, daß unter dem Vorwand der Landesverteidigung für die Aufrechterhaltung gewisser militärischer Hegemonien und für die unbedingte Verteidigung des durch den Versailler Vertrag und die übrigen Verträge geschaffenen territorialen Status gerüstet werde. Der Versailler Vertrag sehe ja selbst die Möglichkeit seiner eigenen Revision vor.

Eine englische Stimme.

Der Berliner Korrespondent des bekannten englischen Wochenblattes „Observer“ schreibt, man werde in Deutschland aufmerksam verfolgen, ob auf der am 19. Januar beginnenden Ratstagung in der Frage der Abrüstung und der Minderheiten in Polen gegenüber Deutschland billige Verfahren werde. Es sei nicht übertrieben, wenn man sage, daß die ganze Zukunft des Völkerbundes als einer Körperschaft, die in deutschen Augen Achtung verdiene, von der Art abhängen, in der diese beiden Fragen behandelt würden.

Ostmarkenreise Dr. Brüning's.

In Begleitung der Diplomatsen. — Durch Pommern und Grenzmark nach Ostpreußen und Schlesien.

— Berlin, 29. Dezember.

Die mehrwöchige Parlamentspause gibt dem Reichskanzler Dr. Brüning Zeit und Gelegenheit, die bereits angekündigte innerpolitische Informationsreise in die Ostprovinzen zu unternehmen. In seiner Begleitung reisen die beiden für das Ostprovinzen zuständigen Diplomatsen, Reichsminister Trebaczewski und der preussische Minister Hirtfelder, sowie Reichsbankpräsident Dr. Luther und der Generaldirektor der Reichsbahn Dr. Dörmüller.

Der erste offizielle Empfang wird vermutlich in der ostpreussischen Stadt Lauenburg stattfinden, dann soll die Fahrt durch die pommerschen Grenzgebiete Lauenburg, Stettin, und Hinterpommern nach der grenzmärkischen Provinzhauptstadt Schneidemühl und von hier aus durch den Korridor nach Königsberg gehen. Der Besuch von Tilsit, Ragnit, Heidenburg und Marienwerder ist vorzusehen. Von Ostpreußen aus

will der Kanzler mit den beiden Diplomatsen, dem Reichsbankpräsidenten und dem Reichsbahndirektor nach Schlesien weiterreisen. Hier sind Oppeln, Gleiwitz, Ratibor und Breslau als große Stationen vorgesehen.

Überall werden die Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Landräte ihre Situationsberichte erstatten. Außerdem will der Reichskanzler mit allen Kreisen Pommerns, Ostpreußens und Schlesiens, sowohl der Landwirtschaft als auch der Industrie, ebenso auch mit den führenden Vertretern der Bevölkerung in Berührung kommen. Am 11. Januar wird von Breslau aus die Reise nach Berlin angetreten.

Das Aussprache-Ergebnis dieser Reise soll die wirtschaftspolitische Grundlage der Kabinettsberatung über die große Osthilfe werden, die bereits eingeleitet ist und erweitert werden soll.

Der Konflikt Dremig-Colosser.

Das Parteischiedsgericht der Wirtschaftspartei soll entscheiden.

Der Parteivorstand der Wirtschaftspartei, der am Montag in Berlin tagte, teilt als Ergebnis seiner Verhandlungen folgendes mit:

„Der Vorstand der Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) beschäftigt sich nochmals eingehend mit den Angriffen gegen den Parteivorstand Dremig.“

Es wurde beschlossen, das Parteischiedsgericht anzurufen und bei diesem zu beantragen, die Parteimitglieder Colosser und Tannenbergs aus der Partei auszuschließen.

Weiter soll der Reichsausschuß am 4. Januar nach Berlin einberufen werden. Der Parteivorstand Dremig sah sich veranlaßt, auf Grund der erneut gegen ihn gerichteten Angriffe in der Presse, die der Vorstand nach Prüfung der Verhältnisse als völlig unberechtigt ansieht, von der Ausübung seines Vorstandsamtes bis zum Spruch des Schiedsgerichts Abstand zu nehmen.

Wie wir erfahren, wird das Parteischiedsgericht am gleichen Tage wie der Reichsausschuß, also am 4. Januar, zusammentreten.

Anbau von Wintergetreide.

Umstellung auf Weizenanbau.

Seit einigen Jahren wird in Verbindung mit der Saatenstandsberichterstattung zu Anfang Dezember im ganzen Deutschen Reich auch eine Schätzung der Veränderungen im Wintergetreideanbau gegenüber dem Vorjahre durchgeführt.

Nach Mitteilung des Statistischen Reichsamts läßt die diesjährige Schätzung bereits deutlich eine Umstellung des Roggenanbaus auf Weizenanbau erkennen. Während sich beim Winterroggen für das Reich im ganzen eine Verringerung der Anbaufläche um 9,6 v. H. ergibt, weist der Anbau von Winterweizen eine Zunahme von 6,9 v. H. gegenüber dem Vorjahre auf. An unbedecktem Fläche hat sich auch der Anbau bei Wintergerste (um 1,6 v. H.) erhöht.

Inwieweit die Einschränkung des Roggenanbaus anderen Kulturarten zugute gekommen ist, läßt sich erst bei der Frühjahrserhebung feststellen. Unter Zugrundelegung der prozentualen Schätzungen über die Zu- und Abnahme der Wintergetreideernte würde sich eine Abnahme des Winterroggenanbaus von rund 450 000 Hektar, dagegen eine Zunahme bei Winterweizen um rund 110 000 Hektar und bei Wintergerste um rund 3000 Hektar ergeben.

Dementsprechend wäre — nach dem Stand zu Anfang Dezember — ein Gesamtanbau an Winterroggen von etwa 4,2 Millionen Hektar, an Winterweizen von 1,75 Millionen Hektar und an Wintergerste von 200 000 Hektar anzunehmen.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 30. Dezember 1930.

Nachfolger Eduard Davids im Reichstag ist der Landesvorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Hessens, der Landtagsabgeordnete und Gewerkschaftsführer Wilh. Weber.

Der Staatsparteiliche Berliner Stadtverordnete Kötke ist plötzlich verstorben. Waltermeister Kötke gehörte dem Reichstag im Jahre 1924 kurze Zeit an.

Dem Vorsitzenden des Deutschen Schulbundes, von Dörsch, wurde anläßlich seines 50. Geburtstages vom österreichischen Bundespräsidenten das Große Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich verliehen.

Die erste Sitzung des Reichskabinetts im neuen Jahre wird voraussichtlich erst nach der Rückkehr des Reichskanzlers von der Ostreise, am 13. Januar, stattfinden. Eine Sitzung des Regierungsausschusses des Reichskabinetts ist vorläufig nicht wieder anberaumt worden.

Die Neujahrsempfänge beim Reichspräsidenten. Zum Antritt des neuen Jahres ist außer den üblichen Begrüßungen innerhalb der Kammer und außer den Grüßen des Reichspräsidenten, des Reichswehrministers und des Chefs der Heeres- und Marineleitung an die Wehrmacht nur die Begrüßung des Reichsoberhauptes durch die Mitglieder der Reichsregierung und des diplomatischen Corps vorgesehen. Die Begrüßungsansprache namens der Reichsregierung wird in Abwesenheit des Reichskanzlers und des Vizekanzlers das dienstälteste Kabinettsmitglied, Reichswehrminister Dr. Groener halten.

Rundschau im Auslande.

Der Führer der tschechischen nationaldemokratischen Partei, Dr. Karel Kramarisch, feierte seinen 70. Geburtstag.

Der spanische Revolutionär und Fliegermajor Franco will sich nach seiner Ankunft in Antwerpen nach Friedrichshafen begeben, wo er bei den Dornier-Werken arbeiten will.

Major Babst verläßt die Heimwehr.

Wie aus Innsbruck gemeldet, hat sich der frühere Stabschef der Heimwehren, Major Babst, entschlossen, von

Reichstagstag an der alten
Brücke mit freier Aussicht auf Nieder-
und Oberrhein. Zentralheizung, Bäder,
Küchen, elektr. Licht 80 B., 47 B., von
2,50 bis 5.—